

Vossische



Zeitung

I - Mart

(Ausland: 2 Mart)

Begründet

1704

Mit
Kurszettl

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise, sowie Beilagen, Erscheinungsweise usw. werden im Kopf der Morgen-Ausgabe aufgeführt

Verlag Ullstein. Chefredakteur: Georg Bernhard. Verantw. Redakteur (m. Ausn. d. Handelst.): Jul. Elbau, Berlin. Unverlangte Manuskripte werden nur zurückgesandt, wenn Porto beiliegt.

Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

Fernsprech-Zentrale Ullstein, Moritzplatz 11800 bis 11852. Die Zentrale verbindet mit den einzelnen Abteilungen. Telegramm-Adresse: Ullsteinhaus, Berlin. Postscheckkonto Berlin 660.

Schulenburg und Groener.

Das Kapitel der Kronprinzen-„Erinnerungen“, das wir im heutigen Morgenblatt wiedergegeben haben, darf wohl als besonders charakteristisch gelten für das gesamte Buch. Die Darstellung verrät eine in der romantischen Schilderung von Kriegserlebnissen besonders bewährte Feder. Dieser Vorzug mag anderen Aeußerungen des Kronprinzen gemangelt haben. Dafür standen diese unter dem Einfluß von Beratern, deren politisches Urteil wesentlich treffender war.

Der Bericht über die letzte Szene des Kaiserdramas arbeitet mit starken Kontrasten. Alles, was gegen Ludendorffs Nachfolger, den General Groener, und gegen den letzten kaiserlichen Reichskanzler, den Prinzen Max, in der rechtsstehenden Presse vorgebracht wurde, findet sich hier stark unterstrichen. Der Sturz der Monarchie wird auf das persönliche Schuldkonto einiger weniger Personen gesetzt, die den Kaiser durch ungünstige Berichte zu dem Verzicht auf die Kaiserkrone brachten und — damit nicht zufrieden — eigenmächtig auch die Abdankung als König von Preußen, sowie die Entsetzung des Kronprinzen verkündeten.

In der Darstellung des Kronprinzen wird als gegebene Tatsache die Bitte um Waffenstillstand behandelt. Die Bedingungen dieses Waffenstillstandes sind bekannt. Sie enthielten bereits im Kern die Entscheidung von Versailles. Angenommen, die Monarchie hätte den 9. November gelebt, wie hätte sie die Schlussabrechnung über den verlorenen Krieg überstanden? Was heute fälschlich der Republik zur Last gelegt wird, ihre Ohnmacht nach außen, die vernichtenden Folgen des schwersten Kriegs und des schwersten Friedens, hätte keine Dialektik von der Monarchie abwälzen können.

Wundern muß man sich darüber, daß jetzt, nach vier Jahren, der Einfall, das Recht auf die Krone Preußens unter allen Umständen zu behaupten, als eine Art Patentmedizin hingestellt wird. Der Gedanke stammte offenbar von dem Grafen von der Schulenburg und wurde einen Augenblick lang als eine Art Kompromiß begierig aufgegriffen, ohne daß man sich Gedanken darüber machte, wie das praktisch hätte gemacht werden sollen. Wenn Wilhelm II. König von Preußen geblieben wäre, was hätte dann aus dem Reich werden sollen? Monarchie oder Republik? Hätte etwa der Entsetzte Kaiser und der Großvater König sein sollen, mit der Aussicht, nach einem Wetterumschlag die beiden Ämter wieder zu vereinigen, die auf der Grundlage der damaligen Reichsverfassung überhaupt nicht getrennt werden konnten? Oder sollte gar das Reich ganz aufgegeben werden, um Preußen zu retten — für die Hohenzollern?

Manches spricht für die letztgenannte Auffassung. Der Graf von der Schulenburg wird in den Erinnerungen des Kronprinzen mit besonderer Betonung als ein altpreussischer Offizier gefeiert und dem General Groener gegenüber gestellt, dem „modernen Menschen“, dessen weniger Mentalität sich un schwer aus Bindungen befreite, die un bequem zu werden drohten. Dabei geht aus der Darstellung hervor, daß sachlich der Generalfeldmarschall v. Hindenburg völlig in der Beurteilung der Lage mit Groener übereinstimmte. Da wird erzählt, der Kaiser habe den Blick des Feldmarschalls gesucht, als müßte er bei ihm Kraft und Hilfe finden in seiner Qual. „Aber da war nichts. Still, tief erschüttert, in ausweglosem Schweigen stand der große alte Mann und ließ das Schicksal seines Königs und Herrn, dem er so lange treu und tapfer als Soldat gedient hatte, sich erfüllen.“

Aus dem Romantischen in das Bürgerliche überseht, bedeutet das, daß der Feldmarschall die Abdankung für unabwehrbar hielt. Der einzige, der anderer Meinung war, der Graf v. d. Schulenburg, erscheint nachträglich in der Glorie des Treuesten der Treuen. Objektiv betrachtet, gehörte aber bedeutend mehr moralische Kraft dazu, Auge in Auge mit dem Kaiser schonungslos die Wahrheit zu sagen. J. E.

Die Pariser Anleiheverhandlungen.

Einer Drahtmeldung der „Vossischen Zeitung“ zufolge berichtet das „Echo de Paris“ heute, der Reichsfinanzminister Permes sei in Paris eingetroffen, um an den heute begonnenen Verhandlungen zwischen dem Wiedergutmachungsausschuß und dem Staatssekretär Bergmann persönlich teilzunehmen. Da sich der Minister heute in Berlin befindet, ist die Meldung in dieser Form zweifellos unzutreffend. Die Frage einer Reise des Ministers nach Paris ist, wie von zuständiger Stelle mitgeteilt, vorläufig überhaupt noch völlig offen. Für die nächsten Tage komme sie unter keinen Umständen in Betracht.

Nach einer Reuter-Meldung aus New York wird sich Morgan am 13. Mai in Begleitung seines Partners Whitney auf dem Dampfer „Olympic“ nach Europa einschiffen.

Frankreichs Defizit.

Finanzminister de Lasteyrie erklärte gestern vor dem Finanzausschuß der Kammer weiter, daß er das Defizit für das Budget des Jahres 1923 auf etwa vier Milliarden Franken berechne. Er kündigte an, daß das Budget der Post-, Telegraphen- und Telephonverwaltung finanzielle Autonomie erhalten solle.

Der Reichskanzler soll in Genua bleiben.

Auf Lloyd Georges Ersuchen.

Sonderdienst der „Vossischen Zeitung“.

mp Genua, 5. Mai.

Alle italienischen Zeitungen legen der gestrigen Unterhaltung zwischen Lloyd George und den Führern der deutschen Delegation sehr große Bedeutung bei. Auf welche Quellen die italienischen Informationen zurückgehen, ist nicht festzustellen, aber auch die ersten politischen Blätter bringen über den Inhalt der Gespräche in der Villa de Alberti überraschend ausführliche Einzelheiten und betonen hauptsächlich, daß die Frage der Reparationen dort in allen Einzelheiten angeschnitten worden sei.

Der „Corriere della Sera“ will besonders wissen, daß der deutsche Kanzler dem englischen Premierminister eine ausführliche Darstellung über die innere Lage Deutschlands gegeben habe, welche so wenig rosig sei, daß sie die baldige Rückkehr des Kanzlers und Außenministers nach Berlin erfordere. Lloyd George habe Dr. Wirth davon zu überzeugen vermocht, daß es nicht zuletzt im Interesse Deutschlands sein würde, wenn er die Rückreise aufschübe, namentlich in bezug auf die bevorstehenden Verhandlungen über den europäischen Friedenspakt.

In italienischen Kreisen der Konferenz glaubt man mit Sicherheit annehmen zu können, daß die Antwort der Russen spätestens am Sonnabend abend vorliegen werde. Man wird, um Schlüsse über ihren voraussichtlichen Inhalt zu ziehen, alles, was aus den mancherlei russischen Quellen in die Öffentlichkeit dringt, zunächst mit der gebotenen Vorsicht aufnehmen müssen.

Wichtiger erscheint, was Schischerin einem Vertreter des offiziellen Blattes der Consulta, der „Tribuna“, gesagt hat. „Das Memorandum“, so äußerte sich Schischerin, „steht nach meinem Brief vom 20. April an Lloyd George einen sehr ersten Schritt nach rückwärts dar. Das Memorandum enthält Argumente, über welche vorher niemals gesprochen wurde. So z. B., daß es uns unterlagert sein soll, auf unseren Gebieten Propaganda gegen das kapitalistische System zu machen. Das werden wir keinesfalls hinnehmen können, wenn wir nicht darauf verzichten wollen, unsere Ideen im eigenen Lande zu verfechten. Ein anderer Punkt ist die zwangsweise Auserlegung der Neutralität zwischen der Türkei und Griechenland sowie die Verpflichtung, daß wir uns dafür verwenden würden, den Streit zwischen der Türkei und Griechenland zu schlichten. Das ist eine Klausel, die wir auch nicht annehmen können und die jedenfalls mit einem wirtschaftlichen Abkommen nicht eben viel zu tun hat.“

Sehr ernst ist auch die Frage der Verpflichtung zur Zurückstattung der rumänischen Depots. Schischerin lehnte aber eine Aeußerung darüber ab, ob Rußland aus dem Ausscheiden Frankreichs und Belgiens Folgerungen für den Fortgang der Verhandlungen ziehen wolle.

Kammereröffnung in Rom.

Sonderdienst der „Vossischen Zeitung“.

mp Genua, 5. Mai.

Das italienische Parlament, das gestern seine Sitzungen wieder aufgenommen hat, begrüßte, wie aus Rom gemeldet wird, den italienischen Ministerpräsidenten, als er den Saal betrat, mit langanhaltendem, demonstrativem Beifall. Facta erhob sich und dankte, indem er diesen Beifall nicht für seine Regierung in Anspruch nahm, die ihre Pflicht in der besten Absicht erfülle, in Genua in gleicher Weise die Interessen Italiens wie auch die Interessen Europas zu verteidigen.

Facta erstattete im Laufe des Vormittags auch dem König Bericht und unterhielt sich über eine Stunde lang mit Giolitti. Für heute vormittag ist ein Ministerrat angesetzt, so daß Facta erst im Laufe des morgigen Samstages wieder in Genua sein wird.

Der frühere italienische Handelsminister Belotti hat eine Anfrage an die italienische Regierung gerichtet, ob es wahr sei, daß der Verkauf des früheren deutschen Eigentums in Italien verschoben worden sei. Der „Pace“ bemerkt dazu, die Nachricht sei richtig. Der gegenwärtige Handelsminister Rossi habe in korrekterer Form als sein Vorgänger Belotti den Verkauf des Eigentums, solange die Verhandlungen zwischen Deutschland und Italien schweben, eingestellt. Die Zeitung versichert ferner, daß an diesem Tage zwischen dem italienischen Industrieminister und einigen Mitgliedern der deutschen Delegation die Besprechungen für die Ablösung des deutschen Eigentums wieder aufgenommen worden seien, so daß die offiziellen Verhandlungen darüber demnächst eingeleitet werden könnten.

Barthous neue Instruktionen.

Drahtmeldung der „Vossischen Zeitung“.

wi Paris, 5. Mai.

Vor der heute mittag erfolgten Abreise Barthous nach Genua hat kein weiterer Kabinettsrat mehr stattgefunden. Die neuen Instruktionen für Barthou stehen im wesentlichen nach dem Kabinettsrat von gestern vormittag schon fest. Sie umfassen die folgenden Punkte:

Frankreich ist zur Unterzeichnung des europäischen Paktes bereit, falls auch Rußland ihn unterzeichnet. Nach der schon früher bekannten französischen Auffassung würde der Pakt nur Wert haben, wenn Rußland dadurch abgehalten würde, seine Nachbarn anzugreifen. Zu Artikel 1 des Projektes Bensch wird Barthou eine präzisere Betonung der „Unantastbarkeit des Versailleser Vertrages in seiner Gesamtheit“ beantragen. In Artikel 2 soll nach dem französischen Wunsch jede Anspielung auf die Rüstungen verschwinden. Nach Artikel 3 des Projektes schlägt Frankreich einen Zusatz vor, in dem hervorgehoben wird, daß die Unterzeichner der Völkerverbände nur durch Artikel 10 dieser Akte gebunden sind. Frankreich fordert endlich die Aufnahme einer Klausel, die ausdrücklich betont, daß alle Sanktionsmaßnahmen, die auf Grund der Friedensverträge zur Sicherung ihrer Ausführung getroffen werden könnten, nicht als feindselige Handlung betrachtet werden dürfen.

Barthou ist weiter beauftragt, in der Frage der Denkschrift für die Russen um jeden Preis mit Belgien zusammenzugehen. Eine Erörterung der Frage der interalliierten Schulden durch die Konferenz soll die französische Delegation ablehnen, da der betreffende Vorschlag Sir Robert Hornes mit dem Wiederaufbauproblem zusammenhänge und deshalb nur von dem Wiedergutmachungsausschuß verhandelt werden darf. Frankreich begrüßt aber grundsätzlich jede Kombination, durch die die internationale Anleihe erleichtert würde.

Barthou ist nach dem „Deuvre“ auch angewiesen, an einer Diskussion über Freihandel und Schutzzölle nicht teilzunehmen. Es bestätigt sich, daß Frankreich in den weiteren Konferenzberatungen den Standpunkt vertreten wird, die Unterzeichnung der Abmachungen durch alle Konferenzteilnehmer sei nicht in allen Fällen unerlässlich. Sollten England und Italien z. B. beschließen, die Sowjets de jure anzuerkennen, so sei es durchaus nicht nötig, daß Frankreich und Belgien einen gleichen Beschluß fassen.

Der „Eclair“ bestätigt, daß die Petroleumfrage in den gestrigen Beratungen des Kabinettsrates eine große Rolle gespielt hat. Poincaré dementierte gestern abend energisch die englische Meldung, nach der Frankreich Lloyd George davon unterrichtet haben sollte, daß es sich das Recht der eventuellen Befreiung des Ruhrgebietes vorbehalte. Poincaré bemerkt dazu, er habe Lloyd George lediglich durch die Delegation in Genua mitteilen lassen, daß Frankreich eine Beratung des Obersten Rates über die am 31. Mai zu treffenden Maßnahmen vor dem Spruch des Wiedergutmachungsausschusses für unmöglich halte und für den Fall etwaiger Unabkömmlichkeit Lloyd Georges im Juni einen Meinungsaustausch auf dem normalen diplomatischen Wege vorschlagen wolle.

Havas meldet aus Genua: Es bestätigt sich, daß Lloyd George und Schanze beschlossen haben, sofort in ein Studium über die Frage der Anerkennung der Sowjetregierung einzutreten, augenscheinlich, um die jetzt bevorstehende Entscheidung der Russen über das Memorandum günstig zu beeinflussen. Zu diesem Zwecke wurden innerhalb der englischen und italienischen Delegation je ein Ausschuß gebildet, die eine Anerkennungsformel ausarbeiten sollen. Diese beiden Ausschüsse haben im Laufe des gestrigen Tages unabhängig voneinander getagt.

Trotz des Geheimnisses, mit dem die Arbeiten dieses Ausschusses umgeben werden, nennt man die Namen einiger italienischer und englischer Sachverständiger, die die Formel der Anerkennung der Sowjets hüten sollen. Unter ihnen befinden sich für Italien Giannini und Olivetti, auf Seiten England Wise.

Die Tatsache, daß die englisch-italienische Absicht in dieser Frage bereits heute zur Kenntnis der russischen Delegation gebracht wurde, soll einen Druck auf diese Delegation ausüben, möglichst schnell mitzuteilen, ob sie den Text der Denkschrift annimmt oder nicht. Die Russen haben auf alle diese Schritte geantwortet, daß ihre endgültige Entscheidung nicht von zwei Tagen fertiggestellt sein könne. Schischerin soll hierüber wörtlich erklärt